

Beschluss des Vorstandes des StV Köln zur Schulentwicklung in Köln vom 19.10.2011:

Länger gemeinsam lernen – Mehr Gesamtschulen in Köln

Entgegen dem allgemeinen Landestrend steigen in Köln die SchülerInnenzahlen. Deshalb braucht die Stadt Köln dringend neue Schulen und dafür große neue Grundstücke.

In den letzten Jahren sind in Köln jedes Jahr mehr als 500 SchülerInnen von Gesamtschulen abgelehnt worden, weil die Schulkapazitäten ausgelastet waren.

Der StV Köln der GEW fordert deshalb die Neugründung von weiteren Gesamtschulen. Diese sind für eine Großstadt wie Köln der Einführung einer weiteren Schulform vorzuziehen.

Der „schulpolitische Konsens“ für NRW sieht künftig für neue Gesamtschulen eine niedrigere Errichtungsgroße vor. Statt 112 Anmeldungen sollen nur noch 100 Anmeldungen für vier Parallelklassen nötig sein.

Dies erleichtert die Gründung kleinerer Gesamtschulen. Gesamtschulen haben eine jahrzehntelange Erfahrung mit heterogenen SchülerInnengruppen. Sie haben ein verlässliches Angebot für inklusiv zu unterrichtende SchülerInnen. Sie sind schulgesetzlich abgesichert und Fortbildungsmaßnahmen und Schulaufsicht sind für sie etabliert. Sie bieten im Gegensatz zur Sekundarschule alle allgemeinbildenden Schulabschlüsse inklusive dem Abitur in 9 Jahren an. In den letzten Jahren des Zentralabiturs in NRW waren unter den erfolgreichen AbiturientInnen an Gesamtschulen in NRW mehr als 70% ohne eine Gymnasialprognose der Grundschule und viele SchülerInnen mit Migrationshintergrund.

Der schulpolitische Konsens beinhaltet, dass die Schulträger entsprechend den Bedingungen und Verhältnissen vor Ort im definierten Rechtsrahmen eigenständige Entscheidungen über die Schulstruktur und Schulorganisation treffen können.

Die GEW vor Ort wird bei der Umsetzung dieser Zielsetzungen eine wesentlich größere Rolle spielen als bisher, aber auch mehr gefordert in der

kommunalpolitischen Einflussnahme bei der Entwicklung der Bildungslandschaft als bisher. Die Einrichtung der beiden Arbeitskreise „Inklusion“ und „Schulentwicklung in Köln“ und die Fachtagung zum „Inklusionsplan an Kölner Schulen“ in Kooperation mit dem Regionalen Bildungsbüro sind erste Schritte, diese Herausforderung anzunehmen.

Ziel der GEW ist „Eine Schule für Alle“. Dieses Ziel ist der Maßstab für die Beurteilung der sich verändernden schulpolitischen Entscheidungen und für die Mitarbeit und Unterstützung von Initiativen.

- Der StV Köln unterstützt die Aktivitäten der Initiative „Mehr Gesamtschulen in Köln“.
- Der StV Köln unterstützt gewünschte Zusammenlegungen und Umwandlungen unterschiedlicher Schulformen in Gesamtschulen. Dabei können auch kreative Zwischenlösungen bedacht werden, um das „Standortproblem“ in Köln zu lösen.
- Der StV Köln fordert eine Änderung der Praxis, SchülerInnen, die von einer Gesamtschule abgelehnt werden, auf freie Plätze im gegliederten Schulsystem zu verweisen. Der Elternwille für eine integrierte Schulform ist zu respektieren.
- Der StV Köln unterstützt die Bemühungen, in Köln Weiden eine „Individualschule“ vom 1. bis zum 13. Schuljahr als Modellversuch genehmigen zu lassen.
- Der StV Köln unterstützt die Stadt bei ihren Bemühungen, auf dem Heliosgelände in Ehrenfeld die Universitäts-Modellschule „school is open“ zu errichten.
- Der StV Köln fordert die Schulaufsicht auf, die Schulen intensiv zu beraten, wie sie sich zu inklusiven Schulen entwickeln können.
- Der StV Köln wird nach der Fachtagung zum Inklusionsplan für Kölner Schulen seine Positionen zur Entwicklung eines inklusiven Schulsystems darlegen.

- Der StV Köln unterstützt die Bemühungen der Stadtverwaltung, in Bayenthal das Grundstück, das für eine (geplatzte) Verlagerung der Fachhochschule von Deutz vorgesehen war, für eine größere Schule zu nutzen.
- Der StV Köln fordert das Land auf, durch gesetzliche Regelungen sicher zu stellen, dass alle Schulformen ihre aufgenommenen SchülerInnen zu einem ersten Abschluss führen.
- Der StV Köln fordert positive Anreize und Perspektiven für die KollegInnen derjenigen Schulen, die auslaufen, umgewandelt oder durch Neugründungen ersetzt werden.

Köln, Oktober 2011